

Am 9. Oktober 1989 ziehen in der ersten grossen Montagsdemonstration 70 000 Menschen durch die Leipziger Innenstadt. AP

Diese Freunde der Freiheit bleiben unbeirrt

Gegen Ostalgie sind sie für alle Zeit gefeit – ein Besuch bei Leipziger Bürgerrechtlern von 1989

Morgen jährt sich zum 20. Mal der Tag, an dem sich in Leipzig entschied, dass der Aufstand gegen das SED-Regime friedlich siegen würde. Von da an wagten auch breitere Bevölkerungskreise den Protest; die Minderheit aus Bürgerrechtlern trat in den Hintergrund. Wie steht es heute um die Aktivisten der friedlichen Revolution?

Joachim Güntner

Am 9. Oktober 1989 ging in Leipzig die Furcht vor einer «chinesischen Lösung» der Proteste um. Die Bilder von Anfang Juni, als in Peking Panzer die studentische Opposition blutig beendet hatten, waren allen gegenwärtig. Würde sich ein Gleiches wiederholen, wenn Leipzigs Regimegegner nach dem nächsten montäglichen Friedensgebet von der Nikolaikirche aus über den innerstädtischen Ring zogen? Am 6. Oktober hatte im SED-Blatt «Leipziger Volkszeitung» der Kommandeur einer jener Kampfgruppen, die in der DDR aus Betriebsangehörigen gebildet wurden, den Demonstranten angedroht, ihre «konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden», und zwar: «Wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand.»

Der Tag der Entscheidung

Gerüchte und Meldungen verstärkten die Bangnis. Wie in Berlin, Dresden und Magdeburg waren auch im Raum Leipzig starke Armeeverbände zusammengezogen worden. Krankenhäuser, so hiess es, schafften Platz für die zu erwartenden Verletzten und sammelten Blutkonserven. In Betrieben und Universitäten wurden Arbeiter und Studenten aufgefordert, der Demonstration am Montag fernzubleiben. Kinder brachten aus der Schule die Botschaft mit, an die bewaffneten Beschützer des Systems seien pro Mann «60 Schuss Munition» ausgegeben worden. Doch die Einschüchterungen verfingen nicht.

Anstatt kleiner zu werden als die Male zuvor, schwoll die Schar der Demonstranten an. Wohl 70 000 Teilnehmer marschierten auf dem Ring einmal ganz um die Innenstadt herum, vorbei auch am militärisch geschützten Gebäude der Stasi. Das hatte man zuvor nicht gewagt. Die Staatsmacht hielt sich zurück und liess in den Demonstranten das beglückende Gefühl entstehen, siegen zu können. Dass die kommunistischen Hardliner des Regimes keineswegs aufgegeben hatten, anschliessend noch mehrfach die Niederschlagung der friedlichen Revolution erwogen und die dafür vorgesehenen Truppen erst am 11. November, nach dem Fall der Mauer, wieder in die Streitkräfte eingliederten, stellte sich erst später heraus.

Als «Tag der Entscheidung» ist der 9. Oktober 1989 in die jüngere Geschichte eingegangen. Die Zeit der Angst war vorbei. DDR-Bürger begannen, nach lange verwehrten Freiheiten zu greifen: nach Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Publikationsfreiheit. Aktivisten der Anfangszeit wie Christoph Wonneberger oder Gesine Oltmanns hatten den Eindruck, nun nicht mehr nötig zu sein. «Die Leute haben das Laufen gelernt», fand Wonneberger. Der 1944 im Erzgebirge geborene Pfarrer mit dem grossen Herzen für Unangepasste, der Jugendliche an sich zog, weil er sie nicht gängelte, der die Friedensgebete zur Institution machte und oft mit seiner Kirchenleitung aneinandergeriet, ja sogar von ihr bei der Stasi angeschwärzt wurde, ist die bedeutendste Figur der Leipziger Opposition.

Ungleich verteilter Ruhm

Doch nirgendwo steht geschrieben, dass die mutigsten Akteure der Bürgerrechtsbewegung in der DDR auch diejenigen zu sein haben, denen die Nachwelt die dicksten Kränze flicht. Im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit für die «Helden von Leipzig» steht heute der Pfarrer der Nikolaikirche, Christian Führer, ein Freund der Opposition auch er, aber doch niemand von der Furchtlosigkeit eines Christoph Wonneberger. Drei Wochen nach dem Zug der 70 000 um den Leipziger Ring erlitt Wonneberger einen Hirninfarkt, der ihn auf lange Zeit ausser Gefecht setzte. So erhielten andere die Chance, sich mit seinen Federn zu schmücken. Wer ihn erlebt, gewinnt allerdings den Eindruck, dass er zu wenig Eitelkeit besitzt, um sich darüber grossartig aufzuregen.

Unaufgeregtheit ist es auch, was Uwe Schwabe, Rainer Müller und Oliver Kloss ausstrahlen, wenn sie ihre persönliche Bilanz von 1989 ziehen. Keiner gibt an mit dem Mut, den ihr Widerstand damals erforderte; ihr Ton ist nie auftrumpfend, und selbst das Kopfschütteln über Ostalgiker und den Fortbestand saturierter SED-Milieus wirkt eher belustigt denn eifernd. Knapp eine Generation jünger als Wonneberger, sind sie alle drei in den sechziger Jahren geboren. Die Umstände, die sie in die Opposition trieben, variieren, zeigen aber die typische Schnittmenge: Abscheu vor der systematischen Gleichmacherei in der DDR, dementsprechend frühe Konflikte mit der Schule oder spätestens in der Armee, Furcht vor einem Atomkrieg, Bedrückung über den Giftabfall der Chemieindustrie, der die Flüsse um Leipzig zur ätzenden Brühe machte, der Protest gegen die verrusste Luft, die bei bestimmter Wetterlage das Atmen zur Qual werden liess.

So landeten sie bei Arbeitsgruppen oder bildeten selber solche, die sich dem Engagement für die Umwelt, die Menschenrechte, den Frieden verschrieben. Schikanen und Sanktionen waren die Antwort der Diktatur. Vor allem Rainer Müller, ein ruhiger Totalverweigerer von unbeirrbarer Sturheit, hat die ganze Palette kennenlernen müssen, Nichtzulassung zum Abitur trotz besten Noten, Verhaftungen, Verhöre, Platzverweise, Geldstrafen, Hausdurchsuchungen, Bespitzelungen. Auch sein Freund Uwe Schwabe, der in die oppositionelle Szene hineingerutscht war, weil er dort endlich Menschen fand, die offen miteinander sprachen, und dessen Wirken als Organisator, Kurier und Demonstrant eine dicke Stasiakte füllte, wurde einmal eingebuchtet.

Wie Oliver Kloss sein Leben und seinen Protest lebte, war der Staatsmacht des Unkonventionellen zu viel, und Kloss hatte bereits einen Ausreiseantrag gestellt, zog ihn jedoch – ganz zum Ärger der Behörden – zurück, als er sah, wie die DDR in Bewegung geriet. «Ich wollte die Pointe meiner Jugend nicht nur im Westfernsehen sehen», sagt Kloss zur Begründung. Es gab einige, die so handelten wie er.

Wer heute als Beobachter Deutschlands irritiert die Erfolge der Linkspartei an den Bundestagswahlen sondiert, wer grimmig die Weigerungen hört, die DDR eine Diktatur und einen Unrechtsstaat zu nennen, oder wer mit Missmut vernimmt, wie Ordnung, Disziplin und Arbeitspflicht als soziale Fürsorge verklärt werden, kann sich im Gespräch mit Schwabe, Müller und Kloss entspannt zurücklegen: Diese Bürgerrechtler sind gefeit gegen solche Anwandlungen.

Müller schlägt sich als freier Historiker durch, Kloss mit Lehraufträgen am politischen Seminar der Universität, und der gelernte Schlosser Schwabe ist glücklich, mit seiner Stelle beim Zeithistorischen Forum Leipzig, wo er sich um die Sammlung mit Zeugnissen der DDR-Zeit kümmert, seinen «Traumjob» gefunden zu haben. Finanziell auf Rosen ist keiner der drei gebettet, und doch zögern sie keine Sekunde mit der Antwort auf die Frage, ob sie sich als Revolutionsgewinner bezeichnen würden: «Auf jeden Fall.» Gewinner der Freiheit seien doch alle, setzt Müller hinzu. Kaum jemandem gehe es schlechter als zuvor, freilich: «Es gibt viel Selbstmitleid.»

Das betrifft auch die Bonzen und Eliten von einst, die den Verlust an Macht und öffentlicher Anerkennung nicht verwinden können, heute als Rentner aber leben wie die Made im Speck. Kloss zieht aus seiner Tasche eine Studie des Soziologen Michael Hofmann von der Universität Jena über «das sozialistische Establishment». Darin werde nachgewiesen, dass die alten DDR-Eliten noch immer die wohlhabendste Gruppe in der ostdeutschen Bevölkerung sind. Die Milieus seien stabil geblieben, die Abstände zwischen Oben und Unten nun fast noch grösser als zuvor.

Anlässe zum Hader

Erregte Schelte von Fehlentwicklungen entspricht, wie erwähnt, nicht dem Naturell der drei Bürgerrechtler. Natürlich hätte er keine Schwierigkeit, seitenweise sozialpolitische und ökologische Forderungen aufzustellen, sagt Rainer Müller, aber diese blieben doch allesamt «innerhalb des Systems». Womit sie wirklich hadern? Mit Tendenzen, die «Richtung DDR» wiesen, antwortet Oliver Kloss. Im Arbeitsrecht, beim Zwang von Sozialhilfeempfängern, zugewiesene Tätigkeiten anzunehmen, sei diese Entwicklung am stärksten erkennbar. Aber auch die Präventionspolitik des auf Sicherheit bedachten Innenministers Schäuble müsse aufpassen, sich nicht zur «Stasi 2.0» zu entwickeln. Den zum Lichtkunst- und Tourismus-Spektakel aufgeblasenen Feierlichkeiten am morgigen Jahrestag sehen die Bürgerrechtler übrigens ohne Begeisterung entgegen. Und dass mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Tillich ein ehemaliger Handlanger des SED-Regimes Festreden schwingen wird, finden sie so trist wie schädlich.